

Verena Kämmerlings Monatsbericht Januar 2025



Bürgersprechstunde:

Datum: 07. März 2025 Uhrzeit: 10:00 - 12:00
 Wochenmarkt am Riedenbach (Schölerberg)



Volles Haus beim Grünkohlessen der CDU Sutthausen



Der CDU-Ortsverband Sutthausen hatte zum diesjährigen Grünkohlessen am 31. Januar geladen und konnte sich über das **große Interesse und die hohe Teilnehmerzahl** freuen. Nachdem der Ortsverbandsvorsitzende **Marius Keite** die Begrüßung vorgenommen hatte, gab er als Fraktionsvorsitzender im Stadtrat noch einen Einblick in die

aktuellen Themen der **Osnabrücker Kommunalpolitik**. Da unser Bundestagskandidat Mathias Middelberg wegen der akuten Situation im Deutschen Bundestag nicht teilnehmen konnte, übernahm ich spontan und stellte die **Standpunkte der CDU zum Thema Migration und Innere Sicherheit** klar. Wir stehen ein für die **Sicherheit aller Menschen** in unserem Land. Deshalb müssen wir aus den schrecklichen Ereignissen der letzten Jahre lernen und eine Wende in der Asylpolitik in die Wege leiten. Dabei behalten wir aber im Auge, dass unser Land auf **reguläre Migration angewiesen** ist, und wollen die Akzeptanz für Zuwanderung in unsere Gesellschaft und unseren Arbeitsmarkt erhalten. Dafür benötigen wir aber einen ersten Vorstoß, um einen **Kompromiss** der politischen Mitte im Land zu schaffen. Das Thema nur den **Rechtspopulisten** zu überlassen wäre der **falsche Weg**.



Kliniken in Niedersachsen benötigen dringend Hilfe!

Die finanzielle Situation vieler Krankenhäuser in Niedersachsen ist **alarmierend**. Über **50 % der Krankenhäuser sehen sich existenziell bedroht**. Auch in Osnabrück muss die Stadt ihr kommunales Klinikum mit einem **zweistelligen Millionenbetrag** unter die Arme greifen. Ein Kraftakt, den viele andere Kommunen in Niedersachsen nicht stemmen können. Viele **Kommunen in Niedersachsen sind bereits finanziell überlastet** und sind nicht in der Lage einen Finanzausgleich für ihre Kliniken zu leisten. **Land und Bund müssen hier einspringen**, um ein drohendes **Kliniksterben zu verhindern** und die **medizinische Versorgung vor Ort sicherzustellen**.

Deshalb fordert die CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag die Landesregierung auf, **300 Millionen Euro bereitzustellen**, um die Finanzlücke bis zur vollständigen Umsetzung der anstehenden bundesweiten Krankenhausreform zu schließen. Der **Fortbestand der kommunalen Kliniken** in Niedersachsen ist essenziell, um die

verlässliche wohnortnahe medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Jede weitere **Insolvenz gefährdet aktiv die Gesundheit** unserer Einwohner. Wir müssen also entschlossen handeln, um die **reale Gefahr eines Kliniksterbens in Niedersachsen entgegenzuwirken**.

Mehrwertsteuer- erhöhung in der Gastronomie

„Das schaffen wir nie wieder ab“, sagte Bundeskanzler Scholz zur **reduzierten Mehrwertsteuer** in der Gastronomie. Trotzdem wurde die Mehrwertsteuer wieder auf 19 % erhöht. **Diese Entscheidung war ein bitterer Rückschlag** für die gesamte Branche, denn nicht nur die **Betriebe selbst, sondern auch Arbeitnehmer, Dienstleister, Zulieferer, Ausstatter und nicht zuletzt der Gast müssen diese Last nun tragen**. Bereits im Jahr 2023 hat die CDU im niedersächsischen Landtag gefordert, dass sich das Land Niedersachsen auf Bundesebene dafür stark macht, die **Mehrwertsteuer in der Gastronomie bei 7 % zu belassen**. Diese Maßnahme hätte nicht nur eine **spürbare Entlastung** für



die Gäste bedeutet, sondern auch den Gastronomiebetrieben geholfen, sich von den wirtschaftlichen Herausforderungen der **Corona-Jahre nachhaltig zu erholen**. Doch unser Antrag wurde von der rot-grünen Landesregierung über **ein Jahr lang vertrödelt** und im letzten Plenum **endgültig beerdigt**. **Danke für nichts** – nur so kann man diese Entscheidung zusammenfassen. Sollten wir die anstehende Bundestagswahl gewinnen, werden wir uns in den mit aller Kraft in den folgenden Koalitionsverhandlungen für eine **Wiedereinführung von 7 % Mehrwertsteuer in der Gastronomie** einsetzen. Wir wollen unsere Gastronomiebetriebe nicht ihren Herausforderungen im Stich lassen **nach vielen Worten auch endlich Taten** folgen lassen.

Aus dem Wahlkampf: Zeichen stehen auf Politikwechsel!

Am CDU-Wahlkampfstand vor dem Osnabrücker Dom hatte ich die Gelegenheit viele positive Gespräche mit **Bürgerinnen und Bürger** zu führen. Es hat mich gefreut zu sehen das wieder ein **großes Interesse** an unserer Politik besteht.

Viele der **diskutierten Punkte** betreffen **jeden von uns**. Wir wurden häufig auf Themen wie **Innere Sicherheit, Wohlstand und Gesellschaftlicher Zusammenhalt** angesprochen. Hier merke ich deutlich, dass die **Zeichen auf einen Politikwechsel stehen**.



Zu lange blieb uns die **gescheiterte Ampelregierung die Antworten auf viele Fragen schuldig**. Doch viele Bürger sind **optimistisch**, dass die Werte und Ansichten der CDU die Zukunft von Deutschland positiv gestalten können.

An dieser Stelle möchte ich den **fleißigen Wahlkampf Helferinnen und Helfer** einen **herzlichen Dank** aussprechen. Ohne eure **Unterstützung und euren Einsatz** wäre ein erfolgreicher Wahlkampf nicht möglich. Wir von der CDU setzen uns gemeinsam für eine Politik ein, die den **Bedürfnissen der Bürgerinnen**



und Bürger gerecht wird. Die kommenden Wochen werden entscheidend für eine **positive Veränderung** in unserem Land sein.

Energiepreise: Maßnahmen für die Industrie notwendig!

Der **nächste Hilferuf aus der Industrie** hat uns ereilt, das **Stahlwerk in Georgsmarienhütte** kann wie viele andere Unternehmen auch unter den **steigenden Energiekosten nicht mehr wettbewerbsfähig produzieren**. In der CDU-Fraktion Niedersachsen ist dies **längst ein zentrales Thema** unserer Beratungen. **Die Warnsignale sind inzwischen unüberhörbar, doch die Bundesregierung war im Tiefschlaf**. Jetzt müssen wir von der CDU das Ruder übernehmen und die **Maßnahmen der Agenda 2030 schnell umsetzen**. Die **Netzentgelte und die Stromsteuer müssen deutlich gesenkt** werden, um die explodierten Kosten für unsere Industriebetriebe zu reduzieren. Im Industriestandort Deutschland stehen **viele Arbeitsplätze auf dem Spiel**. Es ist dringend erforderlich, dass wir hier handeln!

Stoppt häusliche Gewalt!

Die jüngsten Zahlen von Opfern häuslicher Gewalt sind erschreckend. Im Jahr 2023 wurden in Deutschland **256.276 Menschen Leittragende häuslicher Gewalt**, der **Großteil der Betroffenen sind Frauen**. **Jede vierte Frau** erlebt hier mindestens einmal in ihrem Leben körperliche Gewalt durch ihren **Partner oder Ex-Partner**. Dieses Leid können wir als Gesellschaft **nicht einfach hinnehmen**. Deshalb setzt sich die CDU-Fraktion Niedersachsen entschieden dafür ein, häusliche Gewalt zu verhindern. Wir fordern in einem Gesetzentwurf z.B. die Einführung einer elektronischen Aufenthaltsüberwachung, **um Opfer besser zu schützen**. Mit der sogenannten „elektronischen Fußfessel“ können **Näherungsverbote und Distanzanordnungen** in Echtzeit überwacht werden.

Unser Ziel ist klar: Keine Ausreden mehr für Täter – mehr Sicherheit für Betroffene!



Termine

07.02. 70. Osnabrücker Grünkohlmahlzeit

09.02. CDU-Infostand Eberleplatz

10.02. Umweltausschuss Hannover

11.02. Rat der Stadt Osnabrück

12.02. CDU-Infostand Ebertallee

13.02. Podiumsdiskussion in der
Lagerhalle

15.02. Meisterfeier der
Handwerkskammer

16.02. CDU-Infostand Eberleplatz

17.02.-19.02. Umweltausschuss Brüssel

20.02. Sitzung des Ausschusses für
Stadtentwicklung und Umwelt OS

21.02. Osnabrücker Firmenbesichtigungen
mit Sebastian Lechner

22.02. Stadtputztag Voxtrup

23.02. Bundestagswahl

25.02. CDU-Bezirksgruppe OS-EL-GB

26.-28.02. Plenum

